

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft

für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.



Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Vorbestellung 2 RM. zuzüglich Abzug von 100 Pfg. für Postgebühren. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend. Preis 10 Pfg. pro Stück. Abnahme bis zum 1. April 1927.

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Raumzeile 20 Rpf., die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Rpf. pro Woche, die 2-spaltige Raumzeile im letzten Teil 1 Reichsmark. Nachdruckgebühr 20 Reichspennige. Sonstige Anzeigen nach Maßgabe der allgemeinen Anzeigenpreise. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Angaben übermitteln Angelegenheiten übernehmen wir keine Garantie. Jeder Anzeigenspruch ist richtig, wenn der Betrag durch die Redaktion bestätigt ist. Anzeigen nehmen alle Verwaltungsverhältnisse entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 97. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Mittwoch, den 27. April 1927

Himmelsbach.

Von sachverständiger Seite wird uns geschrieben: Die in den letzten Jahren durch mancherlei Vorgänge sehr belanggewordene große süddeutsche Holzverwertungsfirma „Gebr. Himmelsbach & Co.“ hat vor Gericht beantragt, die Geschäftsaffäre über ihren Betrieb zu verhängen. Das bedeutet fast keine Aberkennung. Trotzdem stellt es wohl ein Ereignis dar, wie es eigenartiger in den letzten Jahren im deutschen Wirtschaftsleben kaum vorgekommen ist. Die Firma ist nämlich als „politische“ bezeichnet worden. Diese Ereignisse knüpfen sich an das Geschäftsgebaren der Firma anlässlich des Rhein-Ruhrkampfes 1923 und namentlich an die sogenannten „Ricumbverträge“. Auf Einzelheiten soll hier nicht eingegangen, vielmehr nur gesagt werden, daß man der Firma vorwarf, sie habe unter Ausnutzung dieser Verträge mit den Franzosen Raubbau durch Waldschälungen im Rheinland getrieben und dabei ihre geschäftlichen Vorteile stark in den Vordergrund gestellt. Die Behauptungen waren um so wirksamer, weil sie aus den Kreisen der Holzindustrie selbst kamen und ein angesehenes Fachblatt den Kampf in schärfster Form führte. Die Folgen waren für die Firma ganz außerordentlich schwerwiegend, da mehrere süddeutsche Staaten, übrigens auch Preußen, auf die Arbeit mit der Firma verzichteten, wie andere Behörden und dazu auch noch 80 Prozent ihrer bisherigen Privatlandschaft, die ja zum großen Teil ihrerseits wieder von dem Wohlwollen der Behörden abhängig ist. Die Firma hat alles getan, um den gegen sie erhobenen Beschuldigungen entgegenzutreten, und in einer großen Gerichtsverhandlung gelang es ihr, nachzuweisen, daß sie keineswegs „loyal“ oder „landesverräterisch“ gehandelt habe, daß vielmehr an den Beschuldigungen nichts richtig sei. Sie bezifferte damals den Schaden, der ihr durch den ganzen Feldzug entstanden sei, auf rund 20 Millionen Mark. Bekanntlich hat die Firma auch bei dem Geschäft mit der in letzter Zeit vielgenannten „Wolga Holzindustrie A.-G.“ viele Millionen verloren und selbst, wenn es ihr nun gelingen sollte, einen Schadenersatzprozess in Höhe von 20 Millionen, den sie gegen den Staat angestrengt hat, ganz oder zum Teil zu gewinnen, so ist es noch unsicher, ob sie sich wird halten können, da allein 26 Millionen Forderungen an sie bestehen.

Die Firma behauptet nun, daß der große Feldzug gegen sie von einer bestimmten Stelle aus begonnen worden sei, ebenso wie die darauf folgende Boykottverhängung. Sie deutet dies ferner an, daß diese Zentralstelle im Reichsministerium für die besetzten Gebiete zu suchen sei. Nun erklärt sie aber auch noch, daß gar nicht die Ricumbverträge der eigentliche Grund zu dem systematischen Boykott gewesen seien, sondern die Temperamentsausbrüche des einen Generaldirektors in dem ersten Prozess, den die Firma wegen dieser Anschuldigungen führte und den sie übrigens verlor, weil jenes Fachorgan zwar den Wahrheitsbeweis nicht führen konnte, ihm aber die „Wahrnehmung berechtigter Interessen“ zugestanden wurde. In der Berufungsinstanz ist aber dann ein durchaus gegenteiliges Urteil gefällt worden. Die Firma hat daher versucht, durch Entschuldigungen für die heftigen Anfeindungen ihres Inhabers bei den Behörden den Boykott wieder abzuwenden; aber es hat nichts genützt.

Man muß also gestehen, daß derartige Dinge im deutschen Wirtschaftsleben bisher wirklich einzig dastehen, und wird abzuwarten haben, was nun eigentlich die verschiedenen maßgebenden Stellen des Reiches und der Länder zu diesen Angaben der Firma erklären werden. Immer und immer wieder hat sie betont, daß sie dem sicheren Ruin entgegengehe, wenn nicht endlich der Boykott aufgehoben werde, aber sie scheint damit zunächst nichts erreicht zu haben, obwohl der Prozess im Spätherbst des vergangenen Jahres ihr die Rechtfertigung brachte. Erst in allerletzter Zeit konnte die Firma wieder Reichsaufträge erhalten, aber das Unheil war in seinem Gange nicht mehr zu hemmen, da ihr jedes Betriebskapital zu fehlen scheint, die Schulden über die Aktiven hinausgewachsen sind.

Vielleicht läßt sich das Vorkommnis doch noch durch einen Vergleich aus der Welt schaffen, da man der Firma vielleicht unvorsichtiges Handeln in der „Wolga“-Affäre zur Last legen kann, sie aber hinsichtlich der anderen Angelegenheiten, durch die sie an den Rand des geschäftlichen Abgrundes gebracht wurde, durch das Gerichtsurteil gerechtfertigt erscheint.

Erklärungen von Regierungsseite.

In Berlin machten Vertreter der Reichsregierung und der Länder vor einer Versammlung von Presseleuten Mitteilungen über die Angelegenheit Himmelsbach. Die Vertreter des Reiches führten aus, sie könnten über Einzelheiten nicht sprechen, da es weder den Interessen des Reiches dienlich noch den Gepflogenheiten entsprechend sei, in schwebende Prozessverfahren einzugreifen. Angehörige der preussischen Stellen sagten, daß eine Verletzung der im Londoner Abkommen festgelegten Amnestie oder eine Boykottverhängung gegen die Firma Himmelsbach nicht erfolgt sei. Es sei vielmehr in einem Rundschreiben des Ministeriums für die besetzten Gebiete der Hinweis erfolgt, daß irgendwelche moralische oder materielle Benachteiligung der Firma Himmelsbach nicht zu

Abschluß der vorbereitenden Abrüstungskommission

Genf, 26. April. Die dritte Tagung der vorbereitenden Abrüstungskommission ist heute abend abgeschlossen worden, nachdem der Bericht an den Völkerbundrat über die erste Lesung des Konventionentwurfs angenommen worden war. In seiner Schlussansprache wies der Präsident Loubon auf die großen Schwierigkeiten hin, vor denen die Abrüstungskommission zu Beginn ihrer Verhandlungen gestanden habe. Die Verhandlungen hätten ergeben, daß die Feststellung eines einseitigen Konventionentwurfes noch nicht möglich sei. Die zweite Lesung, in der ein einseitiger Text für die Konvention ausgearbeitet werden müsse, werde trotz aller Schwierigkeiten noch in diesem Jahre stattfinden. Die Weltwirtschaftskonferenz sowie die Konferenz der drei Seemächte würden für die weitere Abrüstung von größter Bedeutung sein. Es sei nunmehr an den Regierungen und der öffentlichen Meinung, das Abrüstungsproblem weiter zu führen. Loubon drückte zum Schluß die amerikanischen Vertreter besonderen Dank aus und teilte mit, daß er als Datum für den Beginn der zweiten Lesung des Konventionentwurfes den 1. November in Aussicht nehme. Nachdem der amerikanische, der englische, der französische und der italienische Delegierte dem Präsidenten und dem Büro der Kommission den Dank für ihre Arbeit ausgesprochen hatten, wurde die Sitzung geschlossen.

Graf Bernstorff über das Ergebnis der Abrüstungsverhandlungen.

Genf, 26. April. Nach Schluß der Abrüstungsverhandlungen erklärte Graf Bernstorff gegenüber Pressevertretern, er erkenne den Wert der Arbeiten der Abrüstungskommission an, weil hierdurch volle Klarheit über die Haltung der einzelnen Regierungen in der Abrüstungsfrage geschaffen worden sei. Andererseits zeige jedoch die Haltung der Regierungen, daß wenig Neigung zu einer wirklichen Durchführung des Abrüstungsproblems bestehe. Die Anträge der Delegation hätten bei ihrer Durchführung keinerlei weitgehende Änderung des gegenwärtigen Rüstungsstandes herbeigeführt. Es sei klar, daß das vorliegende Resultat der Arbeiten der Kommission die öffentliche Meinung eine schwere Enttäuschung bedeute, da die Meinung der gesamten Welt eine allgemeine Abrüstung erwarte. Die Abrüstung sei das wahre Ziel des Völkerbundes, der weitgehend von seiner Autorität verlieren würde, wenn es nicht gelänge, wenn es nicht gelänge, diese Aufgabe durchzuführen. Die Welt erwarte Sicherheit durch Lösung des Abrüstungsproblems. In der großen Trilogie des Völkerbundes über Abrüstung, Sicherheit und Schiedsgerichtswesen spiele die Abrüstung die Rolle des Achsenbündels. Trotzdem auf dem Gebiete des Schiedsgerichtswesens und des Sicherheitsgedankens in der letzten Zeit große Fortschritte zu verzeichnen seien, wären bisher alle Bemühungen auf dem Gebiete der Abrüstung ohne Erfolg geblieben. Dey müsse die Vollversammlung des Völkerbundes und die öffentliche Meinung der gesamten Welt die Regierungen dahin beeinflussen, daß bei der zweiten Lesung des Konventionentwurfes positive Resultate erzielt würden.

Tagung sei. Vom Auswärtigen Amt sei niemals zu einem Boykott aufgefordert worden. Preußen habe Vergleiche mit der Firma angestrebt, die aber auf der Gegenseite keine Berücksichtigung gefunden hätten. Dem Staate Bayern schien wegen der Staatschädigung eine Klage notwendig.

Das Symbol des deutschen Volkes.

Ein österreichischer Gruß an Hindenburg. Zum zweiten Jahrestage der Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten schreiben die „Wiener Neuesten Nachrichten“: Niemandem zu Liebe, niemandem zu Leide, nur in dem unentwegten Sinne, das durchzuführen, was er als seine Pflicht erkennt, was dem Wohle des deutschen Volkes dient, das ist der Wahlspruch und der Wahrspruch seines Handelns gewesen in den zwei Jahren seiner Präsidentschaft. Darum hat er auch seine ehemaligen Gegner gewonnen, soweit sie nicht bösen Sinnes sind. Vergangenheit und Gegenwart verknüpfen sich in ihm, aber er war uns auch Weiser für die Zukunft. In harten schweren Tagen war er das Symbol des deutschen Volkes. An dem Tage, da es sich zum zweitenmal jährt, daß er auch äußerlich der Repräsentant Deutschlands ist, wünscht die überwältigende Mehrheit unseres Volkes, daß er es noch lange bleiben möge.

Der Vorstand des Oldenburger Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold, der mit dem „Stahlhelm“ die Veranfassung eines Fadelzuges aus Anlaß des Besuches Hindenburgs in Oldenburg beschlossen hat, ist jetzt zu der

Das Verteidigungswesen der Sowjetunion.

Militärische Schulung für die Jugend. Im Großen Theater in Moskau sprach auf dem Allrussischen Sowjetkongress Kriegskommissar Woroschilow über die Verhältnisse in der Roten Armee und die militärischen Organisationen Sowjetrusslands. Er betonte die Notwendigkeit, einen Bruch mit den Westmächten so lange zu vermeiden, bis die Sowjetkräfte genügend vorbereitet seien. Er und andere Führer betrachteten diesen Konflikt als unvermeidlich, aber die Zeit für die Austragung sei noch nicht reif. Der Völkerbund sei bankrott. Die gegenwärtige Zeit sei vergleichbar mit der vor dem Weltkrieg. Keine Tribunale und keinerlei Abmachungen könnten dem Küsten Einsatz gebieten, in allen großen und kleinen Staaten vor sich gehen. Alle, einschließlich der Randstaaten von Finnland bis Rumänien, bereiteten sich zum Krieg gegen die Sowjetunion vor. Die Rote Armee verfüge jetzt über ein ausgezeichnet ausgebildetes Offizierskorps. Die Sowjets müßten bei dem herrschenden Territorialsystem aber auch für die gesamte Jugend wenigstens eine elementare militärische Schulung durchführen und auch die Frauen als einen der wichtigsten Faktoren eines künftigen Krieges einbeziehen.

In technischer Beziehung siehe Sowjetrussland hinter den Westmächten zurück. Die wichtigste Rolle spiele die Chemie. In Russland steht auch die Friedenschemie erst in den Anfängen. Ihre Aufgabe sei es, die Verteidigung gegen einen chemischen Angriffskrieg zu organisieren. Es müßten Gegengase bereitgestellt werden, nicht nur für den Soldaten, sondern auch für jeden Arbeiter, der mit der Front in Verbindung komme. Dafür zölte der Kriegsminister aber höchstes Lob dem russischen Flugwesen. Er stellte die ständige Vermehrung der Luftflotte fest. Die russischen Konstrukteure seien den europäischen wie den amerikanischen gleichwertig. Die Kriegsmarine der Sowjets sei eine mächtige Waffe, zwar nicht vergleichbar derjenigen Englands, aber mehr als genug für die Nachbarn in der Ostsee und im Schwarzen Meer. Ein schwieriger Punkt sei die Mobilisierung der industriellen Reserven, die Friedensindustrie im nötigen Moment auf den Krieg umzustellen. Der Personalbestand der Ingenieure und Arbeiter sei gesichert. Die materielle Ausrüstung müsse erreicht werden. Größere Schwierigkeiten bereite die Transportfrage, die schon im Frieden alle Anspannung der Arbeiter erfordere. Woroschilow schloß unter donnerndem Beifall mit Lenins Worten: „Seid auf der Wacht, ihr seid von Feinden umgeben!“

Nach der Rede des Kriegskommissars überbrachte die Mannschaft des Kreuzers „Aurora“, dessen Einsatz in die Rewa und Bombardement des Petersburger Winterpalais im Oktober 1917 erfolgte und die bolschewistische Revolution entschied, ein Modell des Kreuzers, das vor dem Präsidium aufgestellt wurde. Der Kommandant der „Aurora“ sprach unter ungeheurem Jubel das Treuegelöbnis der Flotte aus.

Auffassung gekommen, daß die Art und der Umfang der Begrüßung sowie die dadurch entstehenden Kosten ein Ausmaß erfahren würden, die mit der Kostlage weitestverbreiteter Kreise nicht in Einklang zu bringen seien. Aus diesen Erwägungen heraus wurde in einer Versammlung der Beschluß des Vorstandes aufgehoben. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Beteiligung an den Empfangsfeierlichkeiten abzulehnen.

Tarifserhöhungen bei der Reichsbahn?

Besprechungen über eine Tarifreform. Im Januar 1927 fand die 145. laufende Tagung der Ständigen Tariffkommission der Reichsbahn statt. Hierbei wurde eine Denkschrift der Eisenbahndirektionen über eine etwaige Gütertarifreform besprochen. Da die Fragen einer allgemeinen Tarifreform noch nicht restlos geklärt waren, wurde beschlossen, einen Unterausschuß einzusetzen, der aus Vertretern von Reichsbahndirektionen wie auch aus Mitgliedern des Verkehrsministeriums bei der Ständigen Tariffkommission besteht. Dieser Unterausschuß ist beauftragt, über die dringlichsten Wünsche der Verkehrsinteressenten Klarheit zu schaffen. Die nächste Sitzung dieses Unterausschusses findet Ende dieser Woche statt. Ob und wie weit eine Tarifserhöhung nötig wird, läßt sich zurzeit noch nicht übersehen. Darüber wird auch in dieser Sitzung kein Bescheid gefaßt. Jedenfalls muß die Frage geprüft werden, wie etwaige Frachterleichterungen auf der anderen Seite gedeckt werden können.